

PINNEBERG aktuell

Informationen der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag

Ausgabe 4/ Jahrgang 2013

www.cdu-kreistag-pinneberg.de

Kreisberufsschule-Der Grundstein ist gelegt

ELMSHORN. Am 1. Oktober 2013 ist der Grundstein zum Neubau der Kreisberufsschule Pinneberg gelegt worden. Andreas Schimmelpfennig (Züblin AG), Urte Steinberg (Bürgermeisterin Stadt Pinneberg), Oliver Stolz (Landrat), Peter Behre (Schulleiter), Dirk Loßack (Staatssekretär Bildungsministerium) und Kerstin Seyfert (CDU-Schulausschussvorsitzende) mauerten symbolisch die ersten Steine für dieses Millionenprojekt.



1.v.l. Peter Behre, 2.v.l. Dirk Loßack,
1.v.r. Kerstin Seyfert

Foto:CDU

Der Kreis Pinneberg investiert 24 Millionen Euro in die neue Schule. Es entsteht ein Neubau mit 70 neuen Klassenräumen auf 8.700 qm Nutzfläche, neuen Werkstätten und 135 zusätzlichen Parkplätzen. 3600 Schüler besuchen die Berufsschule. Es wird eine Schule werden, die einen modern gestalteten Unterricht ermöglicht, so, wie er heutigen Bildungsstandards entspricht. Die Messlatte mit qualitativen Vorgaben für Nachhaltigkeit und Lebenszyklus wurde bewusst sehr hoch gelegt. Energetisch wird der Bau die Anforderungen der EnEV (Energieeinsparverordnung) 2009 sogar noch um 35% übertreffen. Ein Punkt, der uns, der CDU-Kreistagsfraktion sehr wichtig war, denn dies bedeutet eine deutliche Reduzierung der Betriebskosten und ist außerdem unser Beitrag zum Klimaschutz mit knapper werden Ressourcen.

So erhalten beispielsweise die Klassenräume eine Einzelraumsteuerung. Die langen, lichtdurchfluteten Flure ein ausgeklügeltes Belüftungssystem.

Ebenso haben wir dem Bauträger hohe Vorgaben

für die Gebäudehülle und für die Qualitäten der zu verwendenden Materialien gemacht.

Neben den üblichen Klassenräumen wird es zahlreiche Gruppenräume, Erholungsinseln auf den Fluren und einen großzügig verglasten, nach oben hin offenen Eingangsbereich geben, der auch als Veranstaltungsort genutzt werden kann.

Der Weg dorthin war steinig und mit vielen Debatten im Kreistag gepflastert. Die SPD wollte den Neubau unbedingt verhindern. Auch die Grünen und Linken waren nicht zu überzeugen. In der entscheidenden Kreistagsitzung, am 24. April d. J., in der die Beauftragung der Fa. Züblin, als ausführender Bauträger beschlossen werden sollte, stimmten einzig die CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und die KWGP für den Abschluss des Vertrages.

Vorangetrieben wurde dieses Projekt maßgeblich von der CDU-Kreistagsfraktion im Schulterschluss mit der FDP-Kreistagsfraktion. Ein Dank geht an dieser Stelle an meine Mitstreiterin in der Lenkungsgruppe „Neubau Kreisberufsschule Pinneberg“, die finanzpolitische Sprecherin der CDU-Kreistagsfraktion, Britta von Appen. Mehr als einmal mussten wir gemeinsam beim Innenminister vorstellig werden, um dieses Großprojekt, trotz angespannter Haushaltslage, genehmigt zu bekommen.

Der Zeitplan sieht vor, dass ein Teilbezug der neuen Schule bereits im Juli 2014 stattfinden kann. Mit der vollständigen Fertigstellung ist im August 2015 zu rechnen.

Zukünftig wird im Kreis Pinneberg die modernste Berufsschule Schleswig-Holsteins stehen. Ein Leuchtturm für berufliche Bildung, auf den wir stolz sein können. Wer in Bildung investiert, investiert in die Zukunft und Schule ist der Grundstein für Bildung und Zukunft. Diese neue Schule wird nicht nur einen großen Gewinn für den Kreis Pinneberg darstellen, sondern darüber hinaus auch ein herausragendes Beispiel für modernes Lernen in einer modernen Schule.

Kerstin Seyfert

Schulpolitische Sprecherin CDU-Kreistagsfraktion

Dank an Kreistagsmitglieder

PINNEBERG. Bevor der neue Kreistag im Juni 2013 seine Arbeit aufnahm, ehrte der Kreispräsident, Burkhard Tiemann (CDU), die Kreistagsabgeordneten, die nach vielen Jahren kommunalpolitischer Tätigkeit für die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Pinneberg nun nicht mehr dem Pinneberger Kreistag angehören.

"Die Mitgliedschaft in einem Kreistag erschöpft sich nicht nur in der Teilnahme an Kreistagssitzungen. Der Kreistag trifft abschließende Entscheidungen für vorangegangene Beratungen in den Fachausschüssen, in denen die politischen Entscheidungen vorberaten worden sind", erklärte die Fraktionsvorsitzende, Heike Beukelmann. Hinzu

komme die Arbeit in der Fraktion, bei den Beteiligungen des Kreises oder auch in Arbeitsgruppen. In der vergangenen Wahlperiode haben die Kreistagsmitglieder im Zeitraum von 5 Jahren insgesamt an 47 Sitzungen des Kreistages teilgenommen und über 2350 Drucksachen der Verwaltung, Anträge der Kreistagsfraktion und sonstige Berichte beraten. Wir danken unseren ausgeschiedenen Kreistagsmitgliedern für ihren Einsatz in der vergangenen Wahlperiode und wünschen ihnen für ihre Zukunft alles Gute. Einige von ihnen werden als bürgerliche Mitglieder weiter der CDU-Kreistagsfraktion angehören.

Britta Erning / Kerstin Seyfert



v.l.n.r.
Ortwin Schmidt,
Hans-Detlef Engel,
Kai Feuerschütz,
Christoph Zinger,
Hendrik Neels,
Hans Andresen,
Phillip Rösch

abwesend:
Mark Blue

Foto: CDU

CDU befürchtet Verkehrsinfarkt

PINNEBERG. Durch den geplanten Ausbau der A7 wird sich die Situation für die Pendler im Kreis Pinneberg dramatisch verschärfen. Für viele Berufstätige beginnt der Start in den Arbeitstag schon heute regelmäßig im Stau.

Jörn A. Kruse, fachpolitischer Sprecher für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr der CDU-Kreistagsfraktion, bemängelt, dass es einen länderübergreifenden Masterplan für ein intelligentes Verkehrsmanagement bis heute nicht gebe. „Die Zeit drängt, denn in Hamburg starten die Bauarbeiten zwischen dem Dreieck

Nordwest und der Volkspark bereits im März 2014“, so Kruse. „Die Megastaus sind vorprogrammiert, es besteht dringender Handlungsbedarf!“ Er habe das Gefühl, dass die verantwortlichen Akteure auf Landesebene die Augen verschließen würden.

Eine Maßnahme zur Stauverhinderung, so Kruse, könne das durch den Kreis Pinneberg initiierte Projekt „SUN – Stauvermeidung“ durch Umstieg in den Nahverkehr sein. Dies funktioniert unter Verwendung von bereits vorhandener Infrastruktur und der Nut-

zung von handelsüblichen Smartphones oder Navigationsgeräten. Hamburg und Schleswig-Holstein benötigen insbesondere für den Ausbau der A7 eine zentrale Koordinierungsstelle“, so Kruse. Es dürfen nicht sein, dass alle übereinander reden, aber nicht miteinander.

Kruse unterstreicht, dass die CDU-Fraktion weiter mit der Kreisverwaltung an einem Strang ziehen werde, um den Verkehrsinfarkt im Kreis Pinneberg zu vermeiden.

Kerstin Seyfert

Das Abgeordnetenwort: Heilige Kuh Erwerbslosigkeit - Bloß kein Optimismus!

PINNEBERG. Es ist eine Pose, was in den vergangenen Wochen weit über die Grenzen des Kreises Pinneberg Beachtung gefunden hat.

Für Aufregung sorgte ein ungewöhnlicher Schritt des Jobcenters Pinneberg: Um Arbeitssuchenden ihre Rechte und Pflichten zu vermitteln und nebenbei noch praktische Tipps für die finanziell schwierige Phase des Arbeitslosengeldes II zu geben, wählten die Mitarbeiter kein kleingeschriebenes Behördendeutsch, sondern den modernen Ansatz eines Comics mit einer für jedermann verständlichen Sprache.



Foto:Pixelio

Dass diese kreative Lösung nach Auffassung eines SPD-Bundestagskandidaten die Menschenwürde verletze und eine maßlose Empörung im linken Lager hervorrufen würde, hatten die Ersteller der Broschüre wohl nicht vorhergesehen. Durch einen Antrag der SPD auf Überarbeitung dieses „Skandalblattes“ wurde der Versuch, sich im Bundestagswahlkampf als Anwalt einer vermeintlich sozialdemokratischen Klientel zu gerieren, nun auch in den Kreistag getragen.

Die CDU-Fraktion hat diesen Antrag einstimmig abgelehnt. Denn wie sollte eine Überarbeitung der Broschüre auch aussehen? Kritisiert wurde vor allem, der Comic zeige ein positives Bild von Arbeitslosigkeit. Richtig ist, dass die fiktive Familie Fischer in der Mitte der Gesellschaft steht und Herr Fischer am Ende eine neue Anstellung findet.

Wünscht sich die SPD also, Arbeitssuchende würden vom Jobcenter eine Broschüre erhalten, in der sie als asozial und für den Arbeitsmarkt nicht zu vermitteln gezeigt werden? Man mag sich die Empörung der linken Kreispolitiker hierüber nicht einmal vorstellen. Die Mitarbeiter des Jobcenters hätten sich den Vorwurf des Schubladendenkens und der Stigmatisierung anhören müssen. Unverständlich ist auch die Aufregung über die vielen Tipps, die die Broschüre Leistungsempfängern nahelegt. Was menschenunwürdig an dem Vorschlag sein soll, eine Woche auf Fleisch zu verzichten, leuchtet jedenfalls nicht zu einer Zeit ein, in der landauf, landab die Klima- und Gesundheitsschädlichkeit von Fleischkonsum beschworen wird und die Grünen den Fleischkonsum in öffentlichen Kantinen gar verbieten wollen.

Als Student, der nicht zuletzt mangels Auto regelmäßig auf den Einkauf von Mineralwasser verzichtet, finde ich auch den Ratschlag sinnvoll, öfter zum ohnehin gesünderen Leitungswasser zu greifen.

Die Debatte ist symptomatisch für das linke Verständnis vom Sozialstaat. Man könnte es fast so verstehen, als gehörten Menschen ohne Arbeitsplatz in einen Kokon, der sie vor dem Glauben und der

Erwartung der Gesellschaft an eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt schützt. Wer nach dem Motto der Agenda 2010 „Fordern und Fördern“ behauptet, Erwerbslosigkeit könne auch die Chance auf eine berufliche Neuorientierung sein, der verhöhnt nach dem Verständnis der Linken all diejenigen, die vergeblich nach einem neuen Job suchen oder diese Suche bereits aufgegeben haben. Arbeitssuchende werden durch diese Wertung zu einer heiligen Kuh der deutschen Politik, pragmatische Ratgeber zu Unmenschen.

Trauriger Flurschaden dieser Debatte ist es, dass es sich die Mitarbeiter der Verwaltung künftig gründlich überlegen werden, eingetretene Pfade zu verlassen und sich in politisch derart vermintes Gebiet zu begeben. Leidtragende sind dann diejenigen, die über die Kritik an der Broschüre wahrscheinlich ohnehin nur den Kopf schütteln können: Die Kunden des Jobcenters.

Ihr Nicolas Sölter



Nicolas Sölter

Foto: CDU

Wer ist ... Thorben Langhinrichs

... „ P o l i t i s c h “

Ich engagiere mich seit ungefähr sechs Jahren in der Kommunalpolitik. Zunächst in Uetersen und jetzt zudem im Kreis Pinneberg. Ich startete als bürgerliches Mitglied in der CDU-Fraktion Uetersen und bekam nach und nach immer mehr Verantwortung in der Fraktion und in den Ausschüssen zugesprochen.

In der CDU-Fraktion Uetersen bin ich stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Im Ortsverband Uetersen bekleidete ich ein Jahr den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden. In der Jungen Union Uetersen-Tornesch bin ich zurzeit zweiter Vorsitzender. Bei der Kommunalwahl am 26. Mai 2013 stand ich dann zum einen als Ratsherr in Uetersen und zum anderen als Kreistagsabgeordneter zur Wahl. Beide Mandate gewann ich dann sogar direkt! Ich bin stolz darauf insbesondere die Interessen meiner Heimatstadt Uetersen und die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger des Kreises Pinneberg im Kreistag vertreten zu dürfen.

Ich stehe für eine junge, verständnisvolle, nachvollziehbare und solide Politik ein. Meinen politischen Schwerpunkt habe ich im wirtschaftlichen Bereich.

Daher bin ich in Uetersen auch Mitglied des Ausschusses für Bau-, Umwelt- und Verkehrswesen und im Kreis Pinneberg Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Regionalentwicklung.

Im Kreis Pinneberg sieht es ähnlich aus. Die Nähe zu Hamburg macht den Kreis Pinneberg wirtschaftlich stark. Viele Familien suchen bezahlbaren Wohnraum und

Unternehmen bezahlbare Gewerbeflächen im Kreis Pinneberg. Dort müssen wir ansetzen! Mit einer vorbildlichen Infrastruktur, guten Schulen und ausreichend Arbeitsplätzen soll dies erreicht werden.

Des Weiteren sind während der Stoßzeiten die Zughalte an den Bahnhöfen im Kreis Pinneberg zu erhöhen. Als langjähriger Bahnfahrer weiß ich wovon ich rede und alle anderen Bahnfahrer werden mich verstehen.

Ein weiterer Ansatzpunkt meiner Politik sind solide Finanzen. Die Haushaltskonsolidierung ist in aller Munde und sollte für die nachfolgenden Generationen weiter vorangetrieben werden. Durch Kooperationen und Verwaltungsgemeinschaften ist viel Geld einzusparen. Trotz der Haushaltskonsolidierung darf die soziale und kulturelle Förderung der Familien im Kreis Pinneberg nicht weiter beschnitten werden. Der Kreis Pinneberg und auch die Kommunen müssen sich ihrer Verantwortung für die Familien bewusst sein und dementsprechend handeln. Der Rotstift muss deshalb überlegt angesetzt werden!

Die Politik muss heutzutage mit der Zeit gehen. Die Interessen junger Bürgerinnen und Bürger müssen mehr Beachtung finden! Durch den Ausbau der Kreisberufsschule in Pinneberg wird zum Beispiel unserem vorbildlichen Ausbildungssystem in der Bundesrepublik Deutschland Rechnung getragen.

Allerdings darf der demographische Wandel auch nicht außer Acht gelassen werden. Durch eine flächendeckende Ärzteversorgung, idealerweise in medizinischen

Versorgungszentren, kann diesem Wandel zwar nicht entgegengetreten werden, aber man kann sich u. a. dadurch bestmöglich auf die Bedürfnisse älterer Menschen vorbereiten. Auch die flächendeckende Versorgung mit senioren-gerechtem Wohnraum spielt diesbezüglich eine sehr große Rolle. Politik kann viel verändern! Deshalb bin ich im Kreistag!

... „ P e r s ö n l i c h “

Nunnocheiniges zu meiner Person: Ich lebe schon mein ganzes Leben im Kreis Pinneberg und will hier auch nicht weg!

Ich habe in Hamburg Jura studiert und absolviere zurzeit mein Referendariat im Landgerichtsbezirk Itzehoe. Nach meiner Strafrechtsstation bei der Staatsanwaltschaft Itzehoe bin ich nun beim Landgericht Itzehoe in der Zivilrechtsstation. In meiner Freizeit versuche ich Familie, Freunde und Sport so gut es geht unter einen Hut zu bringen.

Ihr Thorben Langhinrichs



Thorben Langhinrichs

Foto: CDU

Linke Mehrheit im Kreistag zeigt ihr Gesicht

ELMSHORN. Was sich in der konstituierenden Sitzung des Kreistages andeutete, offenbarte seine Schrecken während des Bundestagswahlkampfes. Die linken Parteien verfügen über eine gestaltende Mehrheit im Pinneberger Kreistag. Mit großer Einmütigkeit verabschiedeten GRÜNE, SPD und die Fraktion Die Linke & Piraten drei Showanträge. Klientelpolitik wollten sie sich aber nicht vorwerfen lassen.

Mit dem ersten Antrag wollten die Linken & Piraten Mietsteigerungen im Kreis Pinneberg verringern. Die sogenannte Kappungsgrenze für Mieterhöhungen sollte von 20 % auf 15% reduziert werden. Und selbstverständlich sollte es gleich für alle Gemeinden des Kreises Pinneberg gelten. Vom Antragsteller wurde die Situation im Kreis Pinneberg mit der in den Städten Hamburg, München und Berlin verglichen. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion, Helmuth Ahrens, machte deutlich, wie unverhältnismäßig dieser Vergleich sei.

Außerdem sei der Kreis selbst so heterogen, dass diese Maßnahme vielleicht für einzelne Städte, aber niemals für das gesamte Kreisgebiete sinnvoll sei. Darüber hinaus könne eine solche Festlegung lediglich durch das Land Schleswig-Holstein getroffen werden. Ein Appell an das Land sei aber unsinnig. Allerdings blieben diese Worte im linken Lager ungehört.

Mit einem anderen Antrag wollten die GRÜNEN und die SPD den gerade erst vom Landrat aufgelösten Beirat für Naturschutz neu etablieren. Zwar begründete Landrat Oliver Stolz die Auflösung stichhaltig. Der Beirat sei ein Relikt aus dem letzten Jahrhundert. Und inzwischen füge die Kreisverwaltung über

eine ausreichend große Kompetenz in diesem Bereich, dass eine zusätzliche Beratung nicht mehr nötig sein. Doch auch seine Worte verhallten im Angesicht der nahenden Bundestagswahl.

In einem dritten Antrag schließlich, forderte die SPD eine Überarbeitung des stark diskutierten Ratgebers zum Arbeitslosengeld II des Jobcenters Pinneberg. Dieser wurde zwar von dem Antragsteller in der Sache gelobt, in der Darstellung eine Beispielfamilie allerdings als moralisch fragwürdig bezeichnet. Allerdings forderten die Sozialdemokraten, anders als die Linken, nicht die Vernichtung des Ratgebers, sondern lediglich eine Überarbeitung bei der Neuauflage. Der CDU-Kreistagsabgeordnete Nicolas Sölter entlarvte diese Forderung als Wahlkampfshow, zumal die Broschüre selbst von vielen Seiten gelobt wurde. Außerdem wies er darauf hin, dass das Jobcenter bereits angekündigt habe, Anregungen bei einer Neuauflage zu berücksichtigen.

Alle drei Anträge wurden mit einer Stimme Mehrheit verabschiedet. Dieses ist ein deutliches Zeichen dafür, wie schwer es die bürgerlichen Parteien in dieser Wahlperiode haben werden, den eingeschlagenen Kurs der Haushaltskonsolidierung konsequent fortzusetzen. Mit reichlich Klientelpolitik aus dem linken Lager wird auch zukünftig zu rechnen sein.

Marco Bröcker



Marco Bröcker Foto: CDU

TERMINE

Sitzung des Kreistages

6. November um 18 Uhr
Rathaus, Ratssitzungssaal

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Senioren:

7. November um 18:00 Uhr
n.n.

Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr:
12. November um 18:30 Uhr,
n.n.

Hauptausschuss:
13. November um 16:30 Uhr,
Konferenzraum Arboretum

Ausschuss für Schule, Sport und Kultur:
14. November um 18:30 Uhr,
n.n.

Sitzung des Kreissenioresberates
14. November um 14:00 Uhr
Konferenzraum Lange Anna

Ausschuss für Finanzen:
19. November um 18:30 Uhr,
Konferenzraum Rosengarten

Hauptausschuss:
20. November um 16:30 Uhr,
Konferenzraum Arboretum

Ausschuss für Jugendhilfe:
21. November um 18:00 Uhr,
n.n.

Ausschuss für Jugendhilfe:
Sondersitzung
22. November von 14:00 Uhr-
19:00 Uhr,
Konferenzraum Arboretum

Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung:
28. November um 18:30 Uhr
n.n.

CDU Kreistagsfraktion kritisiert das FAG-Landesregierung zu Änderungen aufgefordert

PINNEBERG. Das im Entwurf vorliegende Finanzausgleichsgesetz bedeutet für den Kreis Pinneberg Mindereinnahmen von 6,8 Millionen Euro. Obwohl der Kreis bereits unter dem Rettungsschirm des Landes steht und einschneidende Konsolidierungsschritte unternommen hat, wird er erneut finanziell unter großen Druck gesetzt.

„Es sieht böse aus für den Kreis Pinneberg“, so die finanzpolitische Sprecherin der CDU-Kreistagsfraktion, Britta von Appen.



Britta von Appen

Foto: CDU

Sollte Innenminister Breitner (SPD) bei seinem Entwurf zum neuen FAG bleiben, werde es der Kreis Pinneberg schwer haben, alle bisherigen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger aufrecht zu erhalten. Völlig inakzeptabel sei die offensichtliche Bevorteilung der kreisfreien Städte.

Denn für die Erfüllung der gleichen Aufgaben sollen die kreisfreien Städte das 2,5 fache pro Einwohner gegenüber den Kreisen erhalten. Insbesondere die Kreise in der Metropolregion, mit ihren besonderen finanziellen Belastungen, fänden keinerlei Berücksichtigung in dem vorliegenden Papier. Es stelle sich die Frage, warum ein Kreis Pinneberg weniger finanzielle Mittel erhalte, als beispielsweise eine Stadt Lübeck.

Das neue FAG entziehe den Kreisen noch mehr Mittel als bisher. Sozillasten, die der Kreis Pinneberg im Speckgürtel von Hamburg zu schul-

tern habe, blieben dabei weitestgehend unberücksichtigt. Auch andere Aufgaben, wie z.B. die Infrastruktur mit Straßen, Schulen, oder dem ÖPNV seien dieselben, wie die der kreisfreien Städte. Ebenso für Kopfschütteln Sorge der Vorwegabzug für die Landestheater und das Büchereiwesen in Kiel und Lübeck, obwohl die Städte genau für diese Aufgaben bereits Zentralitätsmittel erhalten.

Das bedeute bei den Landestheatern eine Dreifach-Finanzierung. Es könne nicht angehen, so von Appen, dass das Delta zwischen kommunalen Aufgaben und landesseitigen Zuschüssen immer größer werde. Das Land dürfe das Konnexitätsprinzip nicht aus den Augen verlieren. Zusätzlich habe der Innenminister anscheinend außer Acht gelassen, dass bereits sechs Kreise unter dem Rettungsschirm stünden und so kaum Möglichkeiten hätten, diese Mindereinnahmen zu kompensieren.

Dem Kreis Pinneberg würden nach heutigem Stand ab 2015 ca. 6,8 Millionen Euro fehlen. Wie und wo diese Summe kompensiert werden könne, ist nach Meinung von von Appen überhaupt nicht absehbar. Darum schließe sich die CDU-Kreistagsfraktion der bereits geäußerten Kritik am FAG durch den Landrat, Oliver Stolz, vorbehaltlos an.

„Wir stehen mit dem Rücken an der Wand. Das kann der Innenminister nicht wollen.“ Deshalb fordere man den Innenminister auf, für eine andere und vor allem gerechtere Verteilung der finanziellen Mittel aus dem FAG zu sorgen. Insbesondere die Ungleichbehandlung der Kreise zu den kreisfreien Städten gelte es zu beseitigen.

Kerstin Seyfert



Foto: Pixelio

Kreis arbeitet an neuer Wirtschaftsförderung Konzept liegt auf dem Tisch

PINNEBERG. Die Kreisverwaltung und Wirtschaftsförderer waren in der Sommerpause fleißig. Ein ca. 60-seitiges Strategiekonzept für die kreiseigene Wirtschaftsförderung liegt seit zwei Wochen auf dem Tisch. Kernpunkt ist die stärkere Zusammenarbeit zwischen dem Kreis und den Kommunen. Außerdem werden die beiden Geschäftsbereiche, Dienstleitungen und Grundstücksentwicklung, inhaltlich und finanziell getrennt.

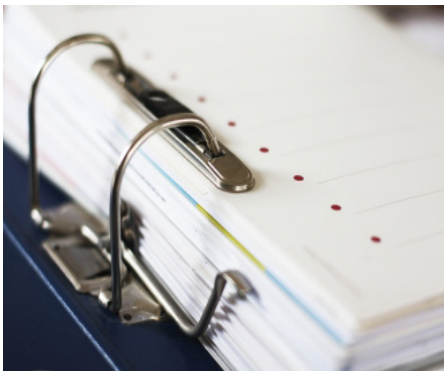


Foto: Pixelio

Das Problem ist alt: die Wirtschaftsförderung des Kreises wird in den Städten als Konkurrenz bei der Ansiedlung von Unternehmen angesehen. „Mit dem neuen Strategie- und Handlungskonzept für die Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft des Kreises Pinneberg (WEP) soll dieses jetzt beendet werden“, so Marco Bröcker, Mitglied im Wirtschaftsausschuss des Kreises. „Gemeinsam statt allein, soll es zukünftig heißen.“

Um die Gemeinsamkeit zu stärken, sieht das Konzept zwei neue Entscheidungs- und Beratungsgremien vor. Zum einen wird ein Arbeitskreis der Wirtschaftsförderer fest etabliert. Ziel ist es, das Knowhow zu bündeln, das die Fachleute der Städte besitzen. Gemeinsame Projekte sollen er-

arbeitet und vorangetrieben werden. In erster Linie geht es dabei um eine Imageverbesserung des Standortes Kreis Pinneberg. Dadurch werden Unternehmen auf den Kreis aufmerksam gemacht. Davon profitieren alle Kommunen!

Als zweites Gremium soll ein Beirat aus Bürgermeistern gebildet werden. Sie können die WEP bei der Identifizierung neuer Gewerbeflächen beraten. Dieses ist dringend notwendig, da im Kreis Pinneberg zurzeit sehr wenige baureife Flächen zur Verfügung stehen. In den Nachbarkreisen ist das Flächenangebot wesentlich größer. Wenn eine Abwanderung von Unternehmen in andere Kreise verhindert werden soll, müssen die Städte und Gemeinden neue Gewerbegebiete ausweisen. „Gleichzeitig hoffen wir, dadurch gegenseitiges Vertrauen aufzubauen und die Konkurrenzsituation zwischen den Städten bei der Unternehmensansiedlung zu verringern“, erklärte Bröcker weiter.

Der Erwerb und die Ausweisungen neuer Gewerbeflächen überfordern viele Gemeinden des Kreises zum Teil aus finanziellen Gründen. Eine Zusammenarbeit mit der WEP soll dieses Problem lösen. Zurzeit werden daher unterschiedliche Kooperationsmodelle diskutiert. Das eine Modell basiert darauf, dass die WEP lediglich ihr Knowhow zur Verfügung stellt und die Grundstücke im Besitz der Gemeinde verbleiben. Aber auch eine finanzielle Beteiligung der WEP an den Grundstücken käme in einem zweiten Modell in Frage. „Darum haben wir in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass die WEP ausreichend mit Eigenkapital ausgestattet ist“,

so der Kreistagsabgeordnete, der auch Mitglied im Aufsichtsrat der Gesellschaft ist. Wichtig sind allerdings zwei Elemente. Zum einen die Mitverantwortung der Gemeinde oder Stadt und zum anderen die Zugriffsmöglichkeiten der WEP auf die Grundstücke zum Zweck von Unternehmensansiedlungen.

Darüber hinaus soll die WEP weiterhin Dienstleistungen für Unternehmen und Kommunen anbieten.

Diese Projekte werden hauptsächlich durch Drittmittel finanziert und zusätzlich gegebenenfalls vom Kreis bezuschusst. Aktuell sind dieses Projekte zur Förderung von Unternehmensgründung und Selbstständigkeit, zur Qualifizierungs- und Weiterbildungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen, regionale Entwicklungskonzepte sowie die Förderung von Frauen im Beruf. Allerdings sind viele dieser Projekte von EU-Mitteln abhängig. Da im nächsten Jahr eine neue Förderperiode der Europäischen Union beginnt, ist hier mit Veränderungen zu rechnen.

Marco Bröcker

Impressum

Herausgeber:

Der Vorstand der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag

Redaktionsadresse:

CDU-Kreisgeschäftsstelle
Lindenstrasse 19 • 25421 Pinneberg
Tel.: 04101 / 22927
Fax: 04101 / 591761

newsletter@cdu-kreistag-pinneberg.de

Redaktion und Produktion:

Kerstin Seyfert, Britta Erning

Fotos:

Pixelio, CDU